

Urteile im Akkord

Chinas Justiz geht mit harten Strafen gegen Menschenrechtsanwälte vor

Im letzten Jahr sind in China mehr als 300 Anwälte und Aktivisten verhaftet worden. Von Dutzenden fehlt bis heute jede Spur. Einige stehen nun vor Gericht — und werden zu langen Haftstrafen verurteilt.

MATTHIAS MÜLLER, PEKING

Chinas Justiz kennt keine Gnade und geht mit aller Härte gegen Menschenrechtsanwälte vor. Nachdem ein Gericht in der ostchinesischen Stadt Tianjin im Laufe der Woche bereits zwei Anwälte verurteilt hatte, sprach es am Donnerstag das Urteil gegen den Chef der Pekinger Kanzlei Fengrui. Der 1964 geborene Zhou Shifeng muss für sieben Jahre hinter Gitter und verliert für weitere fünf Jahre seine politischen Rechte. Ihm wird vorgeworfen, an «umstürzlerischen Massnahmen gegen den Staat» beteiligt gewesen zu sein.

Grosses Polizeiaufgebot

Am Dienstag und Mittwoch hatte das Gericht mit Zhai Yanmin und Hu Shigen zwei Juristen zu drei beziehungsweise siebeneinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie waren wie Zhou seit dem 9. Juli 2015 nach einer konzentrierten Aktion gegen Menschenrechtsanwälte und Aktivisten in ganz China von der Bildfläche verschwunden. Je nach Zählart hatte das Ministerium für öffentliche Sicherheit damals über 300 Personen festgenommen. Der Prozess gegen Zhou, der die



«Umstürzlerische Massnahmen gegen den Staat»: Zhou Shifeng wird in Tianjin zu sieben Jahren Haft verurteilt.

Kanzlei Fengrui 2007 gegründet hatte, fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Vor dem Gerichtsgebäude war ein grosses Polizeiaufgebot aufmarschiert, Anhänger Zhou wurden abgeführt. Seine Familie steht unter Hausarrest. Wenige Tage zuvor hatte das Gericht in Tianjin noch handgeschriebene Zeilen von Zhou veröffentlicht, in denen er seine Familie bat, nicht am Prozess teilzunehmen. Ähnliche Schicksale haben auch Familienmitglieder der anderen beiden verurteilten Anwälte erfahren.

Die Kanzlei Fengrui mit ihren rund 100 Anwälten war Chinas Machthabern ein Dorn im Auge, weil sich die Juristen

politisch heikler Fälle angenommen hatten. Zu den Klienten zählten Mitglieder der zerschlagenen Falun-Gong-Bewegung oder der ugurische Wirtschaftspraxisprofessor Ilham Tohti, der in einem Scheinprozess vor annähernd zwei Jahren wegen angeblicher separatistischer Bestrebungen zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war. Die inzwischen aufgelöste Kanzlei stand im Mittelpunkt des Schlags gegen die Zivilgesellschaft vor rund einem Jahr.

Die Razzia ins vergangene Jahr wurde von den staatlichen Medien begleitet, indem diese die Menschenrechtsanwälte, Aktivisten und Kanz-

leien als «kriminelle Bande» stigmatisierten, die den gesellschaftlichen Frieden durcheinandergebracht hätten. Wie perfide die Medien in China sind, zeigt auch das Schicksal der Anwälte Wang Yu, mit deren Verschwinden in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli vergangenen Jahres der Schlag gegen die Menschenrechtsanwälte begonnen hatte. Auch sie war bei Fengrui beschäftigt. Nach ihrer Inhaftierung stand sie zunächst ein halbes Jahr an einem unbekanntem Ort unter Hausarrest. Ihrer Familie oder einem Anwalt war es in dieser Zeit nicht gestattet, sie zu besuchen. Die Gefahr ist gross, dass sie psychisch und physisch gefoltert worden ist.

Am Montag dieser Woche wurde vom Hongkonger Sender Oriental Daily News ein Video ausgestrahlt, in der die für ihre Standhaftigkeit von Chinas Machthabern gefürchtete Wang ein «Schuldbekennnis» abgelegt hatte. Die Anwälte seien bei Fengrui von — nicht näher spezifizierten — ausländischen Gruppen ausgebildet worden, um die chinesische Regierung zu attackieren und in den Schutz zu ziehen, «bekannt» sie. Wang soll zudem den Fengrui-Chef Zhou als einen «nichtqualifizierten Anwalt» bezeichnet haben. Allerdings sind diese Worte nicht auf dem Video zu sehen, sie wurden nur schriftlich übermittelt. Es gibt kaum Zweifel daran, dass Wang zu diesen Aussagen gezwungen worden war. Sie entsprechen nicht dem Wesen Wangs. Darauf deuten zudem Formulierungen hin, die typisch für die chinesische Staatspropaganda ist.

Dazu halten die Sicherheitsbehörden ein Faustpfand in den Händen. Wang

Mann, Bao Longjun, ist ebenfalls seit Juli des vergangenen Jahres verschwunden. Ihm dürfte bei einer weiter widerspenstigen Gattin Ungemach drohen. Darüber hinaus steht ihr Sohn, Bao Zhuoxuan, seit Monaten in der Inneren Mongolei unter Hausarrest. Er hatte versucht, über Burma ins Ausland zu reisen, um seinen Häschern zu entkommen und jenseits der Heimat zu studieren. Auch zu diesem Fluchtversuch ihres Sohns äusserte sich Wang in dem Video. Er sei von ausländischen Gruppierungen als Geisel genommen worden; um Peking zu diffamieren, sagte sie. Wang soll seit ihrem «Bekennnis» zwar frei sein, ihr Aufenthaltsort ist jedoch unbekannt.

Zweifel an Hongkonger Medien

Die vergangenen Wochen zeigen auch einmal mehr, wie Peking immer stärker die Belange Hongkongs eingreift. Auf Basis des Ansatzes «Ein Land, zwei Systeme» ist die Unabhängigkeit der Medien in der einstigen britischen Kolonie eigentlich gewährleistet. Das nun von Oriental Daily News ausgestrahlte Video oder auch die Rolle der «South China Morning Post», die inzwischen dem Alibaba-Gründer Jack Ma gehört, sprechen jedoch eine andere Sprache. So hatte die «South China Morning Post» ein Interview mit Zhao Wei veröffentlicht. Die junge Frau war Assistentin bei der Kanzlei Fengrui. In dem Gespräch mit der Hongkonger Zeitung soll sie ihre Aktivitäten bereut haben. Offiziell ist Zhao seit rund einem Monat frei. Ihr Mann hat sie seitdem jedoch noch nicht gesehen.